



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin  
T: +49 30 26931460 | [www.forumdialog.eu](http://www.forumdialog.eu) | [Redaktion@forumdialog.eu](mailto:Redaktion@forumdialog.eu)

## Presseschau, 9. bis 15. Januar 2025

*In der verstrichenen Woche befassten sich die Medien schwerpunktmäßig mit den ungelösten Fragen, die ein möglicher Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Polen anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau aufwirft, da gegen Netanjahu ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs Den Haag ausgestellt ist. Justizminister Adam Bodnar hat seinen Bericht zu den politisch motivierten Untersuchungsverfahren aus der Zeit der PiS-Regierung veröffentlicht. Die Partei Razem stellte ihren Kandidaten für die Präsidentschaft vor: Adrian Zandberg.*

### **Wird Polen Israels Ministerpräsidenten vor dem Haftbefehl schützen?**

Auf den 27. Januar 2025 fällt der 80. Jahrestag der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau in Oświęcim. Dazu wird die Anreise von zahlreichen Delegationen aus der ganzen Welt in Polen erwartet. Aus diesem Anlass wandte sich Präsident Andrzej Duda (PiS) mit einem Schreiben an Ministerpräsident Donald Tusk (PO), um diesen zu ersuchen, für die Sicherheit aller hochrangigen Mitglieder der israelischen Delegation zu sorgen. Dabei geht es um den israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu, gegen der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag einen Haftbefehl aufgrund des durch den Staat Israel im Gasastreifen begangenen Völkermords erlassen hat. Interessanterweise gab es vor dem Schreiben des Präsidenten keinen Hinweis darauf, Netanjahu erwäge überhaupt, nach Polen zu reisen. Am 9. Januar 2024 hatte die polnische Regierung den Beschluss gefasst, den höchsten Repräsentanten des Staates Israel eine freie und sichere Teilnahme an den Feiern zum 80. Jahrestag der Befreiung des Lagers Auschwitz-Birkenau zu gewährleisten. Dieser Beschluss hatte in Polen heftige Debatten ausgelöst.

Unter anderem rechtfertigte der stellvertretende Verteidigungsminister Cezary Tomczyk (KO) den

Regierungsbeschluss: „Aus formaler Sicht kann eine Person nicht festgehalten werden, solange kein Land sie auf die Interpol-Liste gesetzt hat. [...] Kein Land der Welt hat Ministerpräsident Netanjahu auf die Interpol-Liste gesetzt...“<sup>1</sup>

Dem widerspricht Hanna Kuczyńska, Professorin für Strafrecht und Mitglied des Büros für Studien und Analysen der Strafrechtskammer des polnischen Obersten Gerichts: „Nein, in diesem Fall wird keine Interpol-Note benötigt. Die Einleitung einer Personensuche durch Interpol bildet lediglich eine Form der Übermittlung der Information, dass die betreffende Person von dem betreffenden Staat oder einem internationalen Gerichtshof gesucht wird.“<sup>2</sup>

Der Standpunkt des IStGH zu dieser Angelegenheit ist eindeutig: „Auf den Unterzeichnerstaaten des Römischen Statuts [1998 beschlossenes und bis Ende 2000 ratifizierte internationales Vertragswerk zum IStGH; A.d.Ü.] ruht die rechtliche Verpflichtung, eine Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs auszuführen.“<sup>3</sup>

Piotr Cywiński, Direktor des Museums Auschwitz-Birkenau, wurde um eine Stellungnahme gebeten. Hier seine Reaktion: „Jeder Staat entscheidet, wen er als Chef seiner Delegation entsenden will. Ich werde es nicht zulassen, dass diese Feier im Museum Auschwitz-Birkenau Gegenstand politischer, diplomatischer oder rechtlicher Debatten wird.“<sup>4</sup>

Jerzy Haszczyński schreibt in der *Rzeczpospolita*: „Mit der Causa Benjamin Netanjahu haben wir uns auf Jahrzehnte geschadet. Wenn Polen die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs im Fall des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu ignoriert, wird das langfristige Folgen in für uns wichtigen Angelegenheiten haben: für die Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit.“<sup>5</sup>

In der *Gazeta Wyborcza* schreibt Bartosz T. Wieliński: „Da Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nicht die Absicht hat, an dem Begängnis des 80. Jahrestags der Befreiung des KL Auschwitz-Birkenau teilzunehmen, wieso verlangt Präsident Duda dann plötzlich, ihm in Polen Sicherheit zu gewährleisten? Um die polnische Regierung in den Augen von Donald Trump zu kompromittieren? Eine Intrige gegen Donald Tusk – das ist meiner Meinung nach die einzige rationale Erklärung für diesen ganz unglaublichen Vorgang, der vom Präsidentenpalais seinen Ausgang nahm.“<sup>6</sup>

Dariusz Matejczyk meint in *DoRzeczy* ironisch: „In einem sehr interessanten Wettbewerb standen Politiker der beiden die polnische Politik beherrschenden politischen Lager Seite an Seite. Präsident Andrzej Duda und Ministerpräsident Donald Tusk beschlossen, öffentlich zu demonstrieren, wer von ihnen eifertiger das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs mit

---

<sup>1</sup> <https://konkret24.tvn24.pl/swiat/putin-i-netanjahu-scigani-przez-miedzynarodowy-trybunal-karny-co-ma-do-tego-interpol-st8259424>

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> <https://www.pap.pl/aktualnosci/jest-komentarz-miedzynarodowego-trybunalu-karnego-odnosnie-decyzji-polskiego-rzadu>

<sup>4</sup> <https://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/netanjahu-pojawi-sie-w-polsce-dyrektor-muzeum-auschwitz-birkenau-zabiera-glos/848vr30>

<sup>5</sup> <https://www.rp.pl/komentarze/art41666261-jerzy-haszczyński-sprawa-beniamina-netanjahu-zaszkodzilismy-sobie-na-dekady>

<sup>6</sup> <https://wyborcza.pl/7,75398,31602384,list-dudy-w-sprawie-netanjahu-był-intryga-wymierzona-w-tuska.html>

Füßen zu treten bereit ist, ein Urteil, das den die Autorität des Gerichtshofs anerkennenden Staaten die Verhaftung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu vorschreibt.“<sup>7</sup> Das linke politische Spektrum ist gegen Netanjahus Besuch in Polen. Der stellvertretende Sejmarschall Włodzimierz Czarzasty (Linke) erklärte unzweideutig: „Netanjahu sollte nicht in polnisches Staatsgebiet eingelassen werden, und wenn er eingelassen werden sollte, dann muss er verhaftet werden.“<sup>8</sup>

Die *Rzeczpospolita* gab eine Meinungsumfrage in Auftrag. Das Ergebnis war, dass 51,9 Prozent der befragten Polinnen und Polen den vom Ministerrat getroffenen Beschluss kritisch sehen.<sup>9</sup>

### **Bodnars Bericht**

Justizminister und Generalstaatsanwalt Adam Bodnar legte der Öffentlichkeit seinen Bericht zu den politisierten Untersuchungsverfahren aus der Zeit der PiS-Regierung vor. Ein Team von Staatsanwälten unter Leitung von Staatsanwältin Katarzyna Kwiatkowska verifizierte die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft in der fraglichen Zeit. Das Dokument befasst sich mit Verfahren, die aus politischen Gründen eingefroren oder eingeleitet wurden, um Gegner der damaligen Regierung zu verfolgen. Der erste Teil umfasst zweihundert Beispiele politischer Verfahren, insgesamt sollen es nicht weniger als sechshundert gewesen sein. Dabei ging es beispielsweise um die Affäre der „Zwei Türme“, die von Jarosław Kaczyński und der Srebrna AG gebaut wurden; den Unfall Beata Szydłós, dem der Fahrer eines Fiat Seicento zur Last gelegt wurde, in den ein Fahrzeug des Büros für Regierungssicherheit (BOR) gefahren war; sowie den nächtlichen Besuch Antoni Macierewicz’ beim NATO Counter-Intelligence Centre of Excellence.

Staatsanwalt Jarosław Onyszczyk sagte dazu: „Es gibt Fälle, in denen die Staatsanwälte mehrfach Entscheidungen zur Einfrierung des Verfahrens schrieben, was von den Vorgesetzten ignoriert wurde. Es ging darum, die Verfahren in die Länge zu ziehen. Das ist eine flagrante Beeinträchtigung der staatsanwaltschaftlichen Unabhängigkeit.“<sup>10</sup>

Richter Igor Tuleya sieht den Bericht positiv: „Ein guter Schritt von Justizminister Adam Bodnar und des Staatsanwaltsteams, das mehrere hundert Verfahren aus der Zeit der Zuständigkeit von Zbigniew Ziobro [2019 bis 2023 Justizminister und Generalstaatsanwalt; A.d.Ü.] untersuchte, um jenen Zeitabschnitt zum Abschluss zu bringen. Um die Staatsanwaltschaft von Grund auf neu aufzubauen, ist diese Zeit aufzuarbeiten. Es gibt keine andere Option.“<sup>11</sup>

Jakub Majmurek gibt in *Newsweek* zu bedenken: „Es wird eine sehr schwere Aufgabe sein, diesen staatsanwaltschaftlichen Augiasstall auszumisten. Noch schwieriger wird es sein, grundsätzlich das Vertrauen der Bürger in die Staatsanwaltschaft wiederherzustellen. Die Staatsanwaltschaft

---

<sup>7</sup> <https://dorzeczy.pl/opinie/677553/wieromiejczyk-nie-wolno-ale-mozna.html>

<sup>8</sup> <https://businessinsider.com.pl/wiadomosci/wicemarszalek-sejmu-wzywa-do-aresztowania-netanjahu/619c4lh>

<sup>9</sup> <https://www.rp.pl/polityka/art41674381-sondaz-jak-polacy-oceniaja-uchwale-rzadu-w-sprawie-beniamina-netanjahu>

<sup>10</sup> <https://wyborcza.pl/7,75398,31612240,raport-bodnara-rozpoczyna-sie-konferencja-o-naduzyciach-w-prokuraturze.html>

<sup>11</sup> <https://wyborcza.pl/7,75398,31607400,raport-bodnara-sedzia-tuleya-chaos-do-ktorego-przyczynia.html>

kann sich dabei nicht ausschließlich mit der internen Aufarbeitung befassen, sondern muss außerdem ihrer eigentlichen Aufgabe der Verbrechensbekämpfung nachgehen.“<sup>12</sup>

Tomasz Pietryga überlegt in der *Rzeczpospolita*: „Es gibt zu denken, inwieweit Justizminister Adam Bodnars Bericht der internen Aufrechnung innerhalb einer konfliktbeladenen Institution geschuldet ist. Aber es ist gut, dass er geschrieben wurde. Das ist sicher ein starkes Argument dafür, die Staatsanwaltschaft endlich zu entpolitisieren.“<sup>13</sup>

Patryk Słowik schreibt in *Wirtualna Polska*: „Die anhand von zahlreichen Beispielen gezeigte, wesentlichste Frage ist, wie das Verfahrensmuster der Zbigniew Ziobro unterstellten Untersuchungsbeamten aussah. In allergrößter Verkürzung lässt sich sagen: die eigenen Leute decken wir, die Gegner kriegen wir.“<sup>14</sup>

Auch der frühere Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro (SP) kommentierte den Bericht: „Der vielfache Straftäter A. Bodnar, der regelmäßig das Recht bricht und sich zahlreiche Amtsmissbräuche zuschulden kommen lässt, will jetzt den Gerechten vorgeben. Da lachen ja die Hühner! [...] Jetzt klagt Bodnar aus einer Position von Macht und Gewalt an. Er hat sich zweihundert Fälle ausgedacht, aber bald wird er selbst vor Gericht stehen.“<sup>15</sup>

## **Zandberg kandidiert**

Die Partei Razem stellte ihren Präsidentschaftskandidaten vor, nämlich Adrian Zandberg, ihren Vorsitzenden. „Bei diese Wahlen ist die Zeit gekommen, es reicht zu sagen, Kaczyński und Tusk in Rente zu schicken, damit sie Polen nicht länger in Schach halten können, damit es endlich eine neue Offenheit geben kann. Wir müssen uns aus diesem Clinch lösen,“ sagte Zandberg bei der Ankündigung seiner Kandidatur.<sup>16</sup>

Zusätzlich sagte er im Gespräch mit Renata Grochal bei Radio Trójka: „Ich bin von der Koalition enttäuscht. Im Wahlkampf will ich über Dinge sprechen, die wir in Polen lösen könnten, die nur eine Armlänge weit weg sind. Bisher gab es kein politisches Zentrum, auch nicht im Präsidentenpalais, um die Dinge voranzubringen.“<sup>17</sup>

Olgierd Annusewicz, promovierter Politikwissenschaftler an der Universität Warschau, meint dazu: „Indem Razem bei den Präsidentschaftswahlen Adrian Zandberg ins Rennen schickt, will die Partei sich vor dem politischen Tod retten. Aber das ist ein zweischneidiges Schwert. Mit diesem Alleingang schwächt die Partei den Kandidaten der Linken. Davon profitieren könnte Rafał Trzaskowski [Kandidat der KO; A.d.Ü.].“<sup>18</sup>

Wir erinnern uns, dass bei den Wahlen für die Neue Linke Magdalena Biejat antritt, die unlängst

---

<sup>12</sup> <https://www.newsweek.pl/polska/polityka/raport-bodnara-potwierdza-najgorsze-latwo-nie-bedzie/3qzkq9g>

<sup>13</sup> <https://www.rp.pl/opinie-prawne/art41680201-tomasz-pietryga-raport-bodnara-to-akt-oskarzenia-przeciw-prokuraturze-ziobry-co-dalej>

<sup>14</sup> <https://wiadomosci.wp.pl/raport-bodnara-czyli-rozliczenie-pis-u-na-powaznie-opinia-7114428391066336a>

<sup>15</sup> <https://x.com/ZiobroPL/status/1879153413662953701>

<sup>16</sup> <https://wyborcza.pl/7,75398,31605568,adrian-zandberg-wystartuje-w-wyborach-prezydenckich-musimy.html>

<sup>17</sup> <https://trojka.polskieradio.pl/artykul/3470519,adrian-zandberg-kandydatem-na-prezydenta-jestem-rozczarowany-koalicja>

<sup>18</sup> <https://wydarzenia.interia.pl/wybory/prezydenckie/news-razem-broni-sie-przed-polityczna-smiercia-ale-kij-ma-dwa-kon,nld,7889942>

die Partei Razem verlassen hat.

Die beiden Kandidaturen der Linken fasst Jakub Majmurek in *Krytyka Polityczna* zusammen: „Was bedeutet das? Erstens wird der ausdrückliche, identitätsbewusste Linkenwähler in der Präsidentschaftsdebatte seine Stimme deutlich vernehmen können, ebenso eine von dieser Position aus vorgenommene Kritik an der Regierung, und er wird seine Stimme mit voller ästhetischer Genugtuung abgeben können. Zweitens bedeutet das eine Spaltung der linken Wähler, die 2025 in Polen ohnehin schon nicht sehr zahlreich sind, beim ersten Wahlgang, und eine allgemeine Schwächung der Linken sowohl in der Regierungskoalition als auch in der Politik nach den Wahlen.“<sup>19</sup>

Die polnischen Präsidentschaftswahlen finden am 18. Mai 2025 statt.

*Bearbeitung: Anna Wróblowska*

*Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann*

---

<sup>19</sup><https://krytykapolityczna.pl/kraj/adrian-zandberg-kandydat-razem-wybory-prezydenckie-majmurek-biejat-i-zandberg-powalcza-o-lewicowy-mikrotorcik/>